

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Haaslovce nám. 32.

Telephone:
Tagesr. 1101: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

3. Jahrgang.

Donnerstag, 25. Oktober 1923.

Nr. 249.

Die erste Schlappe der Weltreaktion.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Mitten in einer Welt der Reaktion, rings umgeben von Staaten, in denen die Gegenrevolution entweder mit Waffengewalt das Proletariat niedergeworfen hat oder jetzt eben drohend ihr Haupt erhebt, oder zumindest von solchen Staaten, die dem französischen Militarismus dienstbar sind, hat das österreichische Proletariat einen Sieg errungen, der um so bedeutungsvoller ist, als er gegen eine Partei errungen wurde, die nicht nur alle reaktionären Instinkte seit jeher in den breiten Massen meisterhaft gegen die Sozialdemokraten aufzupfeitschen verstand, sondern auch noch geradezu unter dem Schutz des Entente-Kapitals in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten zog und deren Wahlfond die Milliarden des inländischen Kapitals zur Verfügung standen.

Unter der Parole der angeblichen Rettung Oesterreichs durch den Völkerverbund und der Zusammenfassung des ganzen Bürgerturns gegen die Sozialdemokratie hatte der Führer der christlichsozialen Partei, der Bundeskanzler und Prälat Dr. Seipel, den Wahlkampf begonnen und je weiter der Wahlkampf fortschritt, um so mehr schwanden alle Unterschiede unter den bürgerlichen Parteien. Wenn auch die von Seipel gewünschte Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aus tatsächlichen Gründen nicht zustande kam, so standen alle bürgerlichen Parteien doch in einer einheitlichen Front gegen die Sozialdemokratie. Merkmal und Freisinnige, Antifemiten und Nüchternationale, Großdeutsche und Tschechischnationale, Agrarier und Industrielle, Bankvertreter und Hofenkreuzler kämpften nur gegen einen Feind, gegen die Sozialdemokratie. Selbst die Kommunisten, die kaum ein Wort gegen die bürgerlichen Parteien zu sagen wußten, waren ihnen ein willkommenes Wahlhelfer gegen die Sozialdemokraten.

So kam der Wahltag und die Reaktion machte sich um so mehr Hoffnungen auf den Sieg, als ihr auch die Not des deutschen Volkes zu Hilfe zu kommen schien, denn eines ihrer stärksten Argumente gegen die Sozialdemokratie war der Vorwurf gewesen, daß diese den „Anschluß an die Mark“ gewünscht habe. Die Offenstunde der Reaktion hatte der Arbeiterkampf gezeigt, was sie erwarte, wenn die bürgerlichen Parteien siegen. In einem glänzenden Ansturm, wie ihn selbst die an Siegen reiche Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie noch nicht zu verzeichnen hatte, wurde nicht nur der Angriff der Reaktion abgewiesen, sondern es ist der Sozialdemokratie sogar gelungen, ihre Positionen noch zu verstärken. Für die musterhafte Disziplin und Geschlossenheit, mit der die österreichische Arbeiterklasse ihre Kämpfe zu führen versteht, ist bezeichnend, daß die Kommunisten nicht nur kein Mandat errungen, sondern auch im ganzen Wahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt haben. Es ist ihnen nicht einmal gelungen, auch nur die 25.000 Stimmen, die sie das vorigemal in ganz Oesterreich aufgebracht haben, zu erhalten. Demgegenüber hat die Sozialdemokratie in ganz Oesterreich ihre Stimmenzahl um nahezu eine viertel Million vermehrt. Bei den Wahlen im Jahre 1920 entfielen auf die Sozialdemokraten 1.072.709, diesmal 1.300.000 Stimmen. In selbst gegenüber den Wahlen des Jahres 1919, wo die Sozialdemokratie unter dem Eindruck der Revolution auf 1.211.000 Stimmen emporkam, hat sie diesmal, obwohl seither viele Mitläufer den Weg zu bürgerlichen Gelandengängen zurückgefunden hatten, ihre Stimmenzahl noch um 90.000 vermehrt. In Wien selbst hat die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 436.147 im Jahre 1920 auf 571.666, also um 135.500 Stimmen vermehrt, während die Stimmenzahl der Christlichsozialen nur von 279.285 auf 338.706 also um 59.500 gestiegen ist.

Frankreich läßt die Welt nicht zu Ruhe kommen!

Sensationelle Erklärungen eines aktiven großbritannischen Ministers.

London, 24. Oktober. (Neuer.) Der Ministerpräsident Lloyd George erklärte in einer Rede zur europäischen Lage, seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles sei der Krieg nunmehr auf das wirtschaftliche Feld übertragen worden, wo er heftiger und zerstörender geführt werde als während des Krieges. Alle, die Sieger und Besiegten, gingen der sicheren, unabweidlichen Niederlage entgegen. Die Zeit sei gekommen für die Einberufung einer großen Konferenz der Mächte, die hauptsächlich an den Reparationen interessiert seien. Ich weiß, sagte er, daß Verhandlungen im Gange sind, um eine derartige Konferenz zustandzubringen und glaube, daß die Abwesenheit der einen oder anderen Macht die übrigen nicht daran verhindern sollte, zusammen zu kommen und die Lage nach dem besten Können zu behandeln. Es ist von vitaler Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten als aktives Mitglied daran teilnehmen und ihr volles Gewicht in die Waagschale werfen, das entscheidender sein könnte als das Gewicht jeder anderen Macht. Der Reparationsgesamtbetrag müsse auf eine vernünftige Summe ermäßigt werden und nach dem letzten Schriftwechsel der britischen, der französischen und belgischen Regierung scheine dies möglich. Jedenfalls sei ein Moratorium von zwei Jahren für Deutschland notwendig, bevor es mit den Zahlungen beginne, damit Deutschland seine Währung reformieren und seinen Kredit und das Gleichgewicht seines Budgets wiederherstellen könne. Es könnte keinerlei Reparationszahlung erfolgen, solange die Ruhrbesetzung fort-dauere.

Was die drohende Auflösung Deutschlands betreffe, so sei sie zurückzuführen teilweise auf

die Schwäche des republikanischen Regimes, den Mangel wirklicher Führung, seine verkehrte Finanz- und Reparationspolitik und zum Teil auf die surchtbare Politik Frankreichs. Eine ernste Verantwortung ruhe auf Frankreich vor der Geschichte.

Das britische Volk beginne bereits ernstlich durch die französischen Rüstungen zu Lande und in der Luft beunruhigt zu werden. Die französische Regierung habe auch den kleinen Staaten große Summen geliehen, um ihren militärischen Hunger zu stillen. Es bestehe die Gefahr, daß die Politik allzugroßen Ehedummes in der Frage der alliierten Schulden Frankreich in den Stand setze, den Militarismus auf dem Kontinent mit Geld zu unterstützen. Wenn die Dinge so fort-dauern, werde Großbritannien gezwungen sein, sich zu seiner Selbstverteidigung wieder zu bewaffnen.

London, 24. Oktober. Zur Frage der Einberufung einer neuen Konferenz der an der Reparationsfrage am meisten interessierten Mächte äußerte sich auch der scheidende amerikanische Botschafter Garden, der daran erinnerte, daß die Vereinigten Staaten mit ihrem Staatssekretär angeboten haben, eine schiedsrichterliche Entscheidung in der Reparationsfrage zu fällen. „Amerika kam an die Tore Europas, aber die Tore waren verschlossen.“ „Es kann kein Zweifel bestehen, daß meine Regierung vollkommen bereit ist, an einer ähnlichen wirtschaftlichen Konferenz teilzunehmen, wenn sie von den Alliierten, die in erster Reihe an den Reparationen interessiert sind, darum ersucht wird. Wir sind bereit, zu kommen, sobald wir darum ersucht werden.“

Die Rheinpfalz bleibt reichstreu.

Für und gegen die Loslösung von Bayern.

Berlin, 24. Oktober. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus der Rheinpfalz, die ein Teil des bayerischen Staates und jetzt von alliierten Truppen besetzt ist, hat die dortige sozialdemokratische Partei die Initiative zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des deutschen Reiches ergriffen. Dem heutigen Kreis-tag lag ein Antrag vor, wonach die Loslösung von Bayern, das die Reichsverfassung gebrochen hat und sich in offener Rebellion gegen das Reich befindet, beschlossen werden soll. Der Vertreter der Rheinlandskommission gab darauf die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern könne, und daß in Anbetracht der Vorgänge in Bayern die Pfalz als ein autonomer Staat gelte. Der Kreis-tag verwarf die Loslösung. In der Nachmittags-sitzung wurde dann der Antrag mit Mehrheit abgelehnt; der größere Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten des Kreistages schloß sich der Ablehnung an.

Im Anschluß an diese Ereignisse hat die bayerische Regierung eine Rundgebung an die Be-

völkerung der Pfalz erlassen, worin sie sagt, daß eine Trennung für Bayern vom Reich niemals in Frage kommen könne, und daß die Loslösung der Pfalz sich als Hochverrat darstelle.

Die Aktion der pfälzischen Sozialdemokratie war offenbar als Protest gegen die Treibereien der bayerischen Regierung gedacht. Mit dem Augenblicke aber, als sich der Vertreter der Rheinlandskommission in diese rein deutsche Angelegenheit miente und Stimmung für einen autonomen Staat machen wollte, mußte die Sache eine andere Wendung nehmen, und es ist deshalb zu verstehen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion sich gegen den Antrag wandte. Im übrigen kann es vom Standpunkte der Erhaltung der Reichseinheit nicht gebilligt werden, daß sich derartige Selbstständigkeitsbestrebungen kleinerer Landesteile bemerkbar machen; die bayerische Regierung kann nicht dadurch zum Nachgeben gezwungen werden, daß die Zerstückelung des Reiches noch vergrößert wird.

Ein Debakel aber bedeutet die Wahl für alle die kleinen Parteien, die im Gefolge der Christlichsozialen gegen die Sozialdemokratie antraten. Die Großdeutschen, die alle ihre Prinzipien, den Anschluß an Deutschland ebenso wie ihren ehemaligen Antifemalismus verraten haben, haben bisher erst vier Mandate im ersten Ermittlungsverfahren errungen und werden es mitjamt den ihnen nahestehenden Bauernbündlern auf nicht mehr als 17 Mandate bringen, die anderen Parteien werden überhaupt ohne Vertretung in Parlamente bleiben. Daß unter solchen Umständen auch die Hoffnung der Reaktion, in die sozialdemokratische Mehrheit der Wiener Gemeindevertretung Bresche zu schlagen, zunichte werden mußte, ist klar. Die Sozialdemokraten haben mit 78 Mandaten, denen nur 41 Christlich-

soziale und ein jüdischnationales Mandat gegenüberstehen, nahezu die Zweidrittelmehrheit in der Wiener Gemeindevertretung, und niemand wird die sozialdemokratische Mehrheit hindern können, ihre echt proletarische Verwaltung fortzusetzen.

Während die Reaktion in ihrer Verlegenheit ihre Niederlage und den Sieg der Sozialdemokratie mit allen möglichen Phrasen zu erklären versucht, freut sich das Proletariat über seinen herrlichen Sieg nicht nur deshalb, weil er die Pläne der Reaktion zunichte macht, sondern auch deshalb, weil es darin ein Vorzeichen sieht, daß die Welle der Reaktion, die auch über Oesterreich hereinzubreaken drohte, sich gebrochen hat und es hofft, daß dieser Niederlage der österreichischen Reaktion halb der Niedergang der ganzen Weltreaktion folgen wird.

Der Grund der Pariser Reise.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, 21. Oktober 1923.

Freitag den 19. Oktober abends hat Präsident Masaryk Paris verlassen und am 20. morgens ist das letzte offizielle Komunique ausgegeben worden. Wiederrum: „Es waren erschienen . . . fahnenbeschnitten . . . General . . . Suite . . . unterhielten sich . . . Sand geschüttelt . . .“ Damit wäre also der Zweck dieser großartigen Besuchsreise erreicht? Wir können uns mit der Freude an all den Festlichkeiten nicht zufriedengeben und wollen vielmehr die zwei einzig möglichen Zwecke der Reise — Aufnahme eines Kredites, Abschluß eines Bündnisses — auf Grund des gegebenen Materials erörtern.

Eine Reihe von Pariser und Londoner Zeitungen hat in den letzten Tagen behauptet, daß Masaryk und Benesch nach Paris gekommen seien, um einen Kredit zu unterhandeln. Diese Meldungen sind hier gestern durch eine Prager Depesche offiziell dementiert worden: „Die Nachrichten betreffs einer Auslandsanleihe der Tschechoslowakei entbehren jeder Grundlage.“ Dies ist zweifellos richtig; der französische Geldmarkt ist von den Bedürfnissen des Staates für die verwüsteten Gebiete, die Ruhrpolitik, sowie von den Krediten für Polen, Rumänien usw. reichlich in Anspruch genommen, während in Prag starke Geldflüssigkeit herrscht. Ueber die Bündnisfrage jedoch schweigt sich Prag bisher aus, während hier jüngst eine ganze Literatur über diesen Gegenstand gedruckt worden ist. Der „Times“ telegraphierte ihr Wiener Korrespondent unter dem 16. d., daß den Gegenstand der Verhandlungen die militärische Rüstung der Tschechoslowakei und ein Bündnis mit Frankreich bilden würden. Die tschechoslowakische Regierung werde versuchen, die Zustimmung Frankreichs zu einer Verminderung der tschechoslowakischen Armee zu erlangen, während die französische Regierung eine definitive militärische Allianz mit der Tschechoslowakischen Republik anstrebe. Am 19. Oktober meldete der „Matin“: „Poincare hatte gestern eine zweistündige Unterredung mit dem Präsidenten Masaryk; nachmittags empfing er auch den tschechoslowakischen Außenminister. Derselbe konferierte später noch mit Herrn Perretti della Rocca, dem Direktor der politischen Angelegenheiten am Quai d'Orsay. Die Besprechungen waren von großer Bedeutung; es handelte sich um die Festlegung eines präzisen Vertrages betreffend das Verhältnis der beiden Staaten. Die Basis für diese Abmachungen ist gestern in Paris gelegt worden und Herr Benesch wird zweifellos später, nach der notwendigen Prüfung, nach Frankreich zurückkehren, um zu einer endgültigen Einigung zu gelangen.“ — Der diplomatische Mitarbeiter der Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ erklärt dazu am 20. d.: „Auf eine Anfrage bei der tschechoslowakischen Gesandtschaft wurde mir mitgeteilt, daß diese Meldung weder dementiert, noch bestätigt wird. Aus halb-offiziellen Kreisen erfahre ich, daß die Verhandlungen verschiedene Abmachungen bezüglich gegenseitiger Unterstützung in politischen und kommerziellen Angelegenheiten betrafen und daß diese eine gewisse Ähnlichkeit mit dem französischen-polnischen Bündnis aufweisen.“ Am 19. Oktober hat Präsident Masaryk auf den Feldern von Chalon und Tauxere große Manöver mitgemacht, wobei ihm der Marschall Foch politische Vorträge gehalten hat. Laut „Temps“ vom 21. d. sagte derselbe zu Masaryk u. a.: „Die Tschechoslowakei ist befreit, aber ihre Bedrücker von gestern bedrohen sie noch immer; sie wird ihre Sicherheit nur dann garantieren, wenn sie sich dauernd in Verteidigungsposition erhält und auf jene westlichen Nationen stützt, deren liberale Prinzipien die ihrigen sind.“ Und im „Journal“ vom 20. d. schreibt der berühmte St. Price über das militärische Bündnis: „Eine so klare Situation kann dem Scharfblick der Staatsmänner in Prag sowie in Paris nicht entgehen. Die Allianz ist in Geltung nach den Friedensverträgen, sie ist auf der Karte eingetragen; es erübrigt nur, sie zu verwirklichen. Dazu müssen zwei Bedingungen erfüllt werden. Die erste: die Tschechoslowakei muß in der Lage sein, die ihr zufallende Rolle auszufüllen. Dazu gehört eine Konsolidierung ihrer inneren Organisation und die Erhaltung einer Armee, die den ihr zugewiesenen Aufgaben gerecht wird. In die-

fer Dinsticht bestehen ja die besten Vorbedingungen: die tschechoslowakische Armee wird aus vorzüglichen Elementen gebildet und ist unter der Leitung einer französischen Militärmission sehr solid geworden. Die Aufstellung neuer Acker schreitet rapid vorwärts, dank dem glücklichen Umstand, daß sich die geeigneten Personen seit dem Umsturz an der Macht erhalten haben.

Wir glauben, genug zitiert zu haben, um den Schreier, der über die geheimnisvollen Beweggründe der vom Blanz der Reichsleiter so hell erleuchteten Reise lag, lüften zu können. Was das „Pravo Lidu“ angeht, so sei es an die Präsen des Zentralorgans der französischen Sozialdemokratie erinnert (siehe den „Populaire“ vom 21. d.): „Sie bereiten also eine feine kleine Militärallianz vor; dieselbe ist doch schließlich das beste Mittel, Handel und Industrie in Kanonen und Munition zu fördern.“

Die Herbstsession des tschechoslowakischen Parlamentes steht vor der Tür: den wichtigsten Gegenstand der Beratungen wird das Budget bilden. Unsere Genossen dürfen nicht unterlassen, bei der Debatte über die militärischen „Notwendigkeiten“ — die „Times“ schätzt sie auf zweieinhalb Milliarden tschl. Kronen — auch die Reise des Präsidenten Masaryk und seines verantwortlichen Außenministers zu erörtern.

Inland.

Der parlamentarische Arbeitsplan.

Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses verhandelte in seiner gestrigen Sitzung über den Arbeitsplan für die kommende Herbsttagung und setzte für die auf den 30. Oktober anberaumte erste Plenarsitzung die Vorlage betreffend die Warenverkehrsbezeichnung als einzigen Gegenstand der Tagesordnung an. Zu Beginn der Sitzung wird Dr. Beneš ein außenpolitisches Exposé erstatten und im Anschluß daran auch der Finanzminister Bečvář die Verhandlung des Budgets mit einer Rede einleiten, vorausgesetzt, daß dieses Exposé nicht in die Budgetausschüsse derartiger Verträge verlegt wird. Ueber die Ministerklärungen wird das Haus Mittwoch, den 31. Oktober, Montag, den 5. und Dienstag, den 6. November die Debatte abführen. Die Redeseite wurde mit insgesamt 22 Stunden festgesetzt, sodas auf jeden Klub 4 Minuten für ein Mitglied, mindestens aber eine halbe Stunde entfallen wird. Hierbei beauftragte Vizepräsident Genosse Dr. Czech, es möge das Präsidium an die Regierung mit dem Ersuchen herantreten, den beiden oben-erwähnten Ministerklärungen auch Exposes des Ernährungs- und Handelsministers über die wirtschaftliche Situation, die Wirtschaftskrise, den Stand der Arbeitslosigkeit und den Preisabbau anzuschließen. Nach abgeführter Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder des Präsidiums beteiligten und in der die Mehrheit den Standpunkt vertrat, daß das Präsidium unmöglich den Entschlüssen der Regierung vorgehen und die für die Verhandlung des Budgets ohnedies knappe Zeit durch eine große wirtschaftliche Debatte verkürzen könne, wurde der Antrag Dr. Czech abgelehnt. Hierbei gaben die einzelnen Mitglieder des Präsidiums der Meinung Ausdruck, daß sich im Zuge der im Budgetausschuß abzuführenden General- und Spezialdebatten wiederholt reichlich Gelegenheit ergeben werde, auch diese Dinge einer erschöpfenden Erörterung zu unterziehen.

Das Präsidium wendete sich sodann den Vorbereitungen für die Budgetverhandlungen zu. Vor allem wurde festgesetzt, daß die Abhaltung einer zweiten formalen Sitzung am 30. Oktober notwendig werden dürfte, damit das Budget und eine Reihe anderer Vorlagen den Ausschüssen zugewiesen werden können. Für die Verhandlung des Budgets wurde folgender Arbeitsplan festgesetzt: Beratungen des Ausschusses bis 20. November, Verhandlung im Plenum bis 5. Dezember, sodas die Verabschiedung des Budgets im Senat bis spätestens 22. Dezember ermöglicht werden soll. Von der Anwendung des abgekürzten Verfahrens wurde vorläufig Abstand genommen und die definitive Entscheidung hierüber einer späteren Sitzung vorbehalten. In der ersten Sitzung gelangen auch sieben dringliche Interpretationen zur Abstimmung bezüglich der Anerkennung der Dringlichkeit.

Vom Vizepräsidenten Genossen Dr. Czech wurde die Frage aufgeworfen, ob alle Parteien dafür vorhanden seien, daß die Sozialversicherungsvorlage nicht etwa durch die überstürzte Verhandlung des Budgets in den Hintergrund gedrängt, oder gar für die Wintermonate völlig ausgeschaltet würde, worauf Präsident Tomášek die Erklärung abgab, daß die Vorlage sofort nach Einleiten des bereits im Druck befindlichen Motivberichts an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen wird, welcher dann parallel mit dem Budgetausschuß tagen und auch die terminierten sozialpolitischen Vorlagen zu verabschieden haben wird.

Es gelangte dann eine Reihe von administrativen Angelegenheiten des Parlamentsbetriebes zur Verhandlung und Beschlußfassung. Darunter auch einige Personalangelegenheiten, welche dem hiezu vom Präsidium eingesetzten Unterausschuß, bestehend aus den Vizepräsidenten Bůřival und Dr. Czech zur Vorbereitung und Aufstellung zugewiesen wurden. Eine längere Erörterung brachte die vom Vizepräsidenten Genos-

Die „Rheinlandsrepublik“ in den letzten Zügen.

Die Separatisten halten nur Wiesbaden und Düren besetzt. — Lynchjustiz an den separatistischen Putschern. — Die Gewerkschaften schützen die Reichseinheit.

Berlin, 24. Oktober. (Eigenbericht.) Der Putschversuch der rheinischen Separatisten kann als erledigt gelten; bis auf Wiesbaden und Düren, wo sie noch einige öffentliche Gebäude besetzt halten, sind die Putschisten überall von der einheimischen Bevölkerung vertrieben worden. Es kam dabei wiederholt zu heftigen Kämpfen, bei denen es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. In vielen Fällen übten die er-

bitterten Massen an den Putschistenführern Lynchjustiz.

Einen Hauptanteil an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse haben die Gewerkschaften, die sich überall für die Erhaltung der Reichseinheit einsetzten: Im Gegensatz zu den ersten Tagen des Putsches verhielten sich die Beratungsbehörden jetzt neutral und es zeigte sich nun, daß die Separatisten im Volke nur geringen Anhang haben.

Die Verzweiflung treibt die Menschen auf die Straße.

Berlin, 24. Oktober. Auch gestern fanden wieder in Berlin an verschiedenen Stellen der Stadt Lebensmittellieferungen statt. Die Demonstranten hatten es insbesondere auf die Bäckereien und Schlächtereien abgesehen. Die Polizei, die überall einschritt, nahm mehrere Verhaftungen vor. — In Kottbus bedrängten Erwerbslose in großer Zahl vor dem Wohlfahrtsamt die Polizei, so daß diese mit blanker Waffe den Platz räumen mußte. — Auch in München ist es zu Annehmungen der Menge gekommen. Man versuchte, die Bäckereien zu stürmen, bei denen seit Tagen kaum noch ein Brot zu haben ist. Die aufgebotene Polizei zerstreute die Menge.

In Berlin ist der Preis für ein Brot auf sieben einhalb Milliarden erhöht worden. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, bei den zuständigen Reichsbehörden mit äußerster Beschleunigung und Energie darauf hinzuwirken, die Berliner Bevölkerung ausreichend und zu erträglichen Preisen mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Erfurt, 23. Oktober. (Wolff.) Heute nachmittags kam es auf dem Anger und in den angrenzenden Straßen zu Feuersturmgebungen. Die Polizei „mußte“ von der Waffe Gebrauch machen. Ein Demonstrant wurde getötet und mehrere verwundet.

Streikschlachten in Hamburg.

Hamburg, 24. Oktober. (Wolff.) Ueber die Kämpfe am heutigen Vormittag wird gemeldet: Am die Mittagszeit war es der Polizei und den Marinemannschaften des Kronens „Hamburg“ gelungen, sich in Barmbeck zu Herren der Lage zu machen. Die Wache an der Drosselstraße war von den Aufständern umzingelt und belagert worden. Gegen 11 Uhr vormittags rückten Verstärkungen der Polizei heran. Die Demonstranten wurden in die Flucht getrieben und mußten die Belagerung der Wache aufgeben. Dabei sind eine Anzahl Tote auf Seiten der Aufständigen auf dem Platz geblieben. Flugzeuge unterstützten die Polizei. Als in Barmbeck der Widerstand der Kommunisten gebrochen war, wendete sich die Polizei gegen den Hauptstich des Aufsturus, nach Schiffbeck. Hier haben sich ungefähr 2000 Kommunisten festgesetzt und verschanzt, die Kämpfe sind noch im Gange.

Hamburg, 24. Oktober. (Wolff.) Die Widerstandskraft der Aufständigen ist gebrochen. Es fanden nur noch kleinere Scharamsüge in einzelnen Stadteilen statt. Die Zahl der Gefallenen der Polizei erhöht sich auf 43, die der Verwundeten auf 34. Bei der Säuberungsaktion in Schiffbeck feuerten die Aufständischen aus 4 Maschinengewehren heftig auf die angreifende Polizei und die Landungsabteilung der im Hafen liegenden Reichsmarine.

Drei Forderungen des Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 24. Oktober. Der Vorstand des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat laut dem „Vorwärts“ gestern zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung zusammen, um zu der überaus bedrohlichen Lage der Bevölkerung Stellung zu nehmen. Eine Abordnung des Bundes wurde zum Reichskanzler entsandt, dem folgende Forderungen in ultimativer Form unterbreitet wurden:

1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen

Zahlungsmittels für die Lohn- und Gehaltsempfänger;

2. Anschaffung der notwendigen Lebensmittel;
3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge.

Sollte die Reichsregierung diese Forderungen nicht umgehend verwirklichen, so würden die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu weiteren Maßnahmen greifen. Der Reichskanzler hat, wie der „Vorwärts“ meldet, sofortige Hilfe zugesagt.

Rgl. bayrische oder republikanische Reichswehr?

Berlin, 24. Oktober. (Eigenbericht.) Aus Bayern wird mit aller Bestimmtheit berichtet, daß ein Teil der dort stationierten Reichswehrtruppen, besonders in München, die Verpflichtung für die bayrische Regierung mit der Begründung abgelehnt hätte, daß sie nach wie vor an dem von ihnen auf die Reichsverfassung geleisteten Eid festgehalten hätten. Der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung hat aus Bayern, insbesondere von Reichswehroffizieren, zahlreiche Bekundungen der Treue erhalten.

Das Verbot der „Roten Fahne“.

Berlin, 24. Oktober. Eine Funktionärerversammlung der Berliner Buchdrucker hat heute nachmittags auf Betreiben der Kommunisten den Beschluß gefaßt, im Laufe des Donnerstags die Rotenpresse und die gesamte bürgerliche Presse stillzulegen, falls nicht das Verbot der „Roten Fahne“ aufgehoben wird. Eine Abordnung der Gewerkschaftsführer hat sich bereits zum Minister des Innern und zum Reichskanzler begeben.

Der Prozeß gegen die „Ero“rer“ von Kuftrin.

Kottbus, 24. Oktober. (Wolff.) Heute vormittags wurde der Kommandant von Kuftrin über die Lage am Morgen des 1. Oktober vernommen. Er sagte aus, bei seinen Verhandlungen mit Major Buchruder sei es ihm nur darauf angekommen, die Festung wieder in seine Gewalt zu bekommen und Zeit zu gewinnen, damit die alarmierten Truppen herbeikommen können. Er habe gesagt, daß er sein Leben aufs Spiel setzen werde, aber nicht ohne vorher den Major Buchruder erschossen zu haben. Oberregierungsrat Weiß von der Berliner politischen Polizei unterbreitete polizeiliches Material als Beispiel dafür, daß ein umfassendes aufrührerisches Unternehmen geplant sei.

Nächste Woche Reichstagsitzung.

Berlin, 24. Oktober. (Wolff.) Der Zusammentritt des Reichstages ist auf nächste Woche verschoben worden.

Die Militärrevolte in Griechenland.

Zusammengebrosen?

Athen, 23. Oktober. (Savas.) Fünf meuternde Bataillone haben sich bei Chalkis den regulären Truppen ergeben. Die Ruhe wurde in ganz Griechenland wiederhergestellt mit Ausnahme des Peloponnes, wohin der Anstifter der Meuterei, General Metaxas, geflohen ist. Nach den letzten Meldungen ist die Meuterei in Mazedonien und in Euböa vollkommen unterdrückt worden und flaut auch am Peloponnes ab. Die griechische Flotte blockiert den Peloponnes. Die Lage der Aufständischen ist verzweifelt.

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung Vorschläge erstatten soll. In das Komitee wurden die Vizepräsidenten Dr. Czech und Bůřival und der Kanzleidirektor Dr. Říha gewählt.

Die „böhmischen“ Studenten wollen sich mit einem tschechischen Kurator für die deutsche Universität abfinden!

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ veröffentlichte am Mittwoch als Leitartikel einen Aufsatz des bereits berichtigten Leo Pleher aus den „Deutschen Akademischen Stimmen“. Der Pleher tritt darin, nachdem er und die Seinen wegen ihrer Frechheiten einen Klaps bekommen haben, den Rückschlag an und predigt — den Auszug der „Deutschstämmigen“ Studentenschaft aus Prag als das einzige Mittel, das ihr, dem „Kronschatz“ unseres Volkes“ übrigbleibe. Viel Glück auf den Weg! Derweil aber ist dieser „Kronschatz“ samt der Perle Pleher noch hier und man kann neugierig sein, was die Professoren der

Universität und ihr Akademischer Senat zu den maßlosen Beschimpfungen sagen werden, die Pleher gegen sie losläßt. Dieser Pleher spricht vom „Volksverrat“ und der „politischen Unfähigkeit“ der Hochschullehrer, von der „national verlotterten Universität“, die Professoren teilt er ein in „jüdische Romaden“ und „national heruntergekommene Deutsche“. Und all dies im Namen und mit Billigung des ganzen akademischen Fakultätensystems und der von deren Studenten lebenden „Sudetendeutschen Tageszeitung“. Wir stellen das nur fest, um der weitesten Öffentlichkeit einen Begriff von Geist und Sitten dieser „Zukunft“ der Nation zu geben, dieser Frechlinge, die bei Malina und Knirsch in die Schule gehen, statt sich auf den Hofenboden zu legen und im Hörsaal zu lernen. „Auseinandersehen“ sollen sich mit den Buben die Professoren. Festgehalten zu werden verdient jedoch, daß der Pleher an zwei Stellen seines Aufsatzes offen auspricht, daß ihm ein tschechischer Kurator für die Deutsche Universität lieber wäre als der Fortbestand der bisherigen „Oberhoheit“ an dieser Hochschule. Der junge Germanist schreibt:

„Ein tschechischer Kurator wäre für die Deutsche Universität zwar eine kaum zu ertragende Demütigung, aber er ließe sich unter Umständen wohl für eine kurze Zeit hinnehmen.“

Und weiter:

„Was das entwürdigende Kurat als solches anbelangt, so ist es zweifelsohne etwas weniger entehrend unter der sich offen kundgebenden Oberhoheit eines Tschechen zu stehen als unter der hinterhältigen Oberhoheit des Prager Judentums.“

Obzwar nur von einem Buben stammend, wird man sich diesen Schrei der „Deutschbolschewik“ nach dem tschechischen Kurator doch merken müssen.

Der Sieg der österreichischen Sozialdemokratie und der Reichsbanner „Vorwärts“. Wenn man, wie der „Vorwärts“, drei Jahre sich bemüht hat, den Arbeitern einzureden, daß es mit der Sozialdemokratie ein für allemal vorbei ist, bereitet es natürlich dann einigermaßen Verlegenheit, wenn die Sozialdemokratie trotz dreier Internationaler und trotz kommunistischer Spaltungs- und Zerstörungsarbeit derart überwältigende Siege erzielt, wie ihn am 21. Oktober die Wiener Partei erfochten hat. Kommunistischen Arbeitern berichten zu müssen, daß die österreichische Sozialdemokratie nach den letzten Wahlen noch mehr als früher „im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl die stärkste proletarische Massenpartei“ ist, ist weder eine angenehme noch eine dankbare Aufgabe, aber es ist eine so unumstößliche Tatsache, daß sie selbst der „Vorwärts“ nicht umgehen kann. Es ist für den „Vorwärts“ zweifellos bitter, das berichten zu müssen. Fast zum Mitleid aber vermag es zu stimmen, daß der „Vorwärts“ seinen Lesern nicht nur die kolossale Stärke der österreichischen Sozialdemokratie, sondern auch die völlige Bedeutungslosigkeit der dortigen kommunistischen „Partei“ eingestehen muß, die nicht imstande war, auch nur ein einziges Mandat neben den 68 sozialdemokratischen zu erringen. In seiner Verlegenheit „erklärt“ der „Vorwärts“ die Nichtexistenz einer kommunistischen Bewegung in Oesterreich mit den — „allerschwierigsten Verhältnissen“ und einer „inneren Krise“, das dortige kommunistische Zirkel. Nachdem der „Vorwärts“ so sich selber geröstet hat, spendet er den Seinen Trost mit der Behauptung: „Der große Wahlerfolg der Sozialdemokratie kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie politisch vollkommen „ersagt“ hat.“ Trotz der „allerschwierigsten Verhältnisse“ ist das Gegenteil richtig: eben die enormen politischen Erfolge der österreichischen Sozialdemokratie begründen und erklären das totale Fehlschlagen der dortigen kommunistischen Spaltungsversuche. Aber was tut der „Vorwärts“ nicht alles, um einen sozialdemokratischen Sieg — über den er ja doch, wenn auch auf der vierten Seite, berichten muß — und eine kommunistische Wahlkatastrophe zu verschleiern?!

Das Wiener Beispiel. Unter den gewählten Wiener Gemeinderäten befinden sich auch zwei tschechische Genossen: Machat in Favoriten und Vavrousek in Dlakring. Ebenso sind tschechische Genossen in verschiedenen Bezirksvertretungen vertreten, in allen Wiener Bezirken, in denen tschechische Arbeiter in größeren Massen wohnen. „Es war selbstverständlich die Pflicht unserer Partei“, sagt die „Arbeiter-Zeitung“, „auch den tschechischen Arbeitern zu einer Vertretung zu verhelfen, die ihrer Bedeutung entspricht; daß es im Einvernehmen mit der tschechischen Partei erfolgt ist und sie mit den Wiener deutschen Genossen in der Wahlbewegung einträchtig zusammenarbeiteten, ist nur eine erfreuliche Tatsache mehr bei diesen Wahlen, denen es an Erfreulichem sicher nicht fehlt. Wenn die einsätzigen Großdeutschen meinen, daß die Sozialdemokratie da etwas zu verfehlen habe, so irren sie sehr; warum sollen wir eine berechtigte und gerechte Sache verborgen wollen? Dazu kommt noch, daß den Grundlag der Minoritätenvertretung zu verfehlen, schon wegen der Verhältnisse in Böhmen und Mähren recht bedenklich wäre. Und daß sich die tschechischen Sozialdemokraten bei dieser Wahl von der Verbindung mit den Tschechischböhmerischen, die sie, um zu einer Vertretung zu gelangen, bei früheren Wahlen eingegangen sind und eingehen mußten, losgelöst haben, ist eine nützliche Folge mehr.“

Nicht lachen! Die christlichsoziale Wagnsdorfer „Volkszeitung“ faßt ihr Urteil über den Ausfall der österreichischen Wahlen in folgende Sätze zusammen:

„Die Österreicher haben mit dem Stimmzettel erklärt, daß sie in die sozialdemokratische Experimentierpolitik nicht zurückfallen wollen. Wieder einmal haben die Sozialdemokraten versagt, die Christlichsozialen sich bewährt.“

Besonders klar kommt dieses Versagen der Sozialdemokratie in Wien zum Ausdruck, wo sie knappe Zweidrittelmehrheit besitzt und 150.000 Stimmen neu gewonnen hat!

Neue Regierungsvorlagen. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus vier Regierungsvorträge vorgelegt, die an die Abgeordneten versandt wurden. Es ist der Gesetzentwurf, durch den für eine provisorische Zeit die Gültigkeit der bisherigen Regelung der Bezahlung des Ersatzes bei dauernder militärischer Einquartierung verlängert wird. Die bis Ende dieses Jahres geltende Novelle wird auf eine weitere unbeschränkte Zeit verlängert. Die zweite Novelle ist eine Gesetzesvorlage, durch die die bis Ende dieses Jahres gültigen Bestimmungen über die Einschränkung der Wirksamkeit der Schwurgerichte in Karpatenrußland bis 31. Dezember 1925 verlängert werden. Die dritte Gesetzesvorlage betrifft die Verlängerung der Frist für die Errichtung eines Postschekamtes in Brünn. Durch den Entwurf wird die Frist für die Errichtung bis zum 1. Juli 1926 verlängert. Die Gründe, die zu einer neuen Verabreichung führten, sind finanzieller Natur, denn der Aufwand für das Gebäude des Schekamtes und der Postdirektion in Brünn ist auf 60 Millionen veranschlagt. Schließlich hat die Regierung einen Antrag vorgelegt, durch den der internationale Vertrag und das Statut über das Regime bei Schiffahrt wegen von internationaler Bedeutung genehmigt wird.

Beratungen der Koalition. Um zehn Uhr vormittags trat gestern im Abgeordnetenhaus der zehngliedrige Ausschuss der Koalitionsparteien zusammen, um über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 und das Arbeitsprogramm der Herbstsitzung zu beraten. Der Sitzung wohnten auch Ministerpräsident Sevela und Minister Stammel bei.

Letzte Nachrichten. Bayern und die Folgen.

Berlin, 24. Oktober. (Wolff.) Anstelle der zur Besprechung der bayerischen Fragen geplanten Reichsratsitzung fand heute nachmittags in der Reichskanzlei eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder Deutschlands statt. Der bayerische Gesandte von Preger legte die bayerische Auffassung dar, und erklärte: Bayern sei durchaus reichstreu, habe aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung.

Der Reichskanzler führte namens der Reichsregierung aus: Die Ernennung von Krebs zum Generalkonsul in München habe die Gefahr mit sich gebracht, daß die rechtslegenden Archive in den anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewalttätigkeiten verleitet würden. Dieser Gefahr habe der Reichsausnahmestand vorbeugen sollen.

Nach einer langen Besprechung wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen: „In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder auf den Standpunkt der Reichsregierung; sie halten eine möglichst strenge Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler halten es die Vertreter der Länder für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern im Sinne einer großen Selbständigkeit der Länder zu einer geeigneten Zeit eingeleitet werden.“

Tages-Neuigkeiten.

Von allerlei Stiefeln. Ein Arbeiter schreibt uns: „Gestern abends war ich Zeuge eines Gasthausgesprächs. Ein behäbiger Kleinbürger hielt den „Sozialdemokrat“ in Händen, suchte ihn damit herum und bemerkte: Saubere Herrschaften das! Zuerst reißt sie das Maul auf und schimpfen über die Schuhfabrik und heute, da sehen Sie her, bringen sie ein Riesentier.“ — „Sie müssen sich schon deutlicher ausdrücken,“ ermutigte ich den Storkorruptionstier. — „Ist die Sache nicht deutlich genug? — „Ihre Verdächtigung, meinen Sie?“ — Das Herrchen stand auf und verschwand. Ich hielt es aber doch für gut, wenn über das Schuhmuster und über den Stiefel, den allerlei Leute darüber zusammenreden, ein paar Zeilen erschienen.“ — Wir kommen dem Wunsch nach. Traß und Geläch der Gegner läßt uns kalt. Wie Sozialisten über das Inferatwesen denken, ist seit Lassalles Rede über die Feste, die Presse und den Frankfurter Abgeordneten tag kein Geheimnis mehr. Unser Kampf gegen das Kapital ist durch ein Annoncieren wahrhaftig nicht zu schwächen. Item: Keine Verleumdung ist dummi genug, um nicht geglaubt zu werden.

Im Arrest ist man vor dem Verhungern geschützt. Unter diesem Titel berichtet der Karlsbader „Volkswille“: Von dieser Erkenntnis ausgehend, wandte sich der postlose Schlosser Wilhelm Löwy aus Tscheredis in der Nähe der Komotauer Kirche am Montag an einen Wachmann mit der Bitte: „Bitte schön, Herr Wachmann, sperren Sie mich ein! Ich muß betteln gehen, um mich notdurftig durchzuschlagen und im Arrest hab' ich wenigstens meine Ruhe, Essen und Beschäftigung über den Winter.“ — Der Wachmann tat ihm, wie die Wälder melden, den Gefallen und sperrte ihn ein. Aber um eine Versorgung über den ganzen Winter zu erhalten, genügt es nicht, ein einfacher Bettler zu sein, da muß man im Sinne der geltenden Moral ein Verbrecher sein. Sonst steht er in einigen Tagen wieder auf der Straße. . . Dem Ziele, diese gegenwärtige „Ordnung“ zu beseitigen, in der arbeitswillige Menschen dem Verbrechen in die Arme getrieben werden, wenn sie nicht verhungern wollen, dient unser Kampf. Und deswegen nennt man uns nationlos und volksverräterisch!

Ein Interniertenlager für Tschechoslowaken aus Deutschland. Der „Becker“ schreibt: Die Notlage der Bevölkerung in Deutschland. Infolge dessen wurde die Passrevision verschärft. Ohne Visum wird jeder zurückgeschickt. Das Gesundheitsministerium errichtet in Pardubitz ein Interniertenlager, wohin die Transporte der tschechoslowakischen Staatsangehörigen aus Deutschland dirigiert werden.

Ueberall die gleichen. Aus Wien wird uns gemeldet: An der Universität haben Mittwoch die deutschnationalen Studenten wieder einen Kravall gemacht. Schon vor einigen Wochen hatte die „Deutsche Hochschulzeitung“ angekündigt, daß bei der Antrittsvorlesung Professor Kappelmaiers, der klassische Philologie vorträgt, Kravalliert werden würde. Mittwoch hielt Professor Kappelmaier, der von der philosophischen Fakultät für diese Professur vorgeschlagen war, seine erste Vorlesung über die Geschichte des Spälatens. Der Hörsaal war von deutschnationalen Studenten, die nicht seine Hörer sind, voll besetzt. Die Deutschnationalen lärmten und beschimpften den Professor; dieser ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern schrieb mit Kreide auf die Tafel, daß die nächste Vorlesung am 29. sein werde. Die akademischen Behörden, die sowohl von dem Artikel in der „Hochschulzeitung“ gewußt haben und auch wußten, daß tags zuvor in der Aula die Kravalle neuerlich angekündigt wurden, haben gar nichts vorgekehrt, um die Kravalle zu verhindern, und ebensowenig auch die staatlichen Behörden.

Kein Passvisum mehr für Reisen nach Frankreich. Durch gemeinsamen Beschluß der französischen und tschechoslowakischen Regierung wird der gegenseitige Visazwang zwischen beiden Staaten mit 1. November 1923 aufgehoben. Auf Grund dieses Beschlusses ist für französische Staatsbürger aus dem europäischen Frankreich und aus Algier zur Ueberschreitung der tschechoslowakischen Grenze der gültige französische Reisepaß und zur Ueberschreitung der Grenzen des europäischen Frankreich und Algier für tschechoslowakische Staatsangehörige der gültige Reisepaß ohne irgendwelches Visum hinreichend. Die anderen für den Aufenthalt ausländischer Staatsbürger in den beiden Ländern geltenden Passvorschriften bleiben durch die Aufhebung des Visums unberührt.

Protest gegen einen Justizmord. Das Moskauer amilche Radio verbreitet eine Zirkulardepesche, in welcher es das Proletariat aller Länder auffordert, die Hinrichtung der Mörder des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato — wenn es noch möglich ist — zu verhindern. Nicolaou und Mateu sind trotz des Mangels an Beweisen zum Tode verurteilt worden vor einem Gerichte, welches lediglich ein gefälliges Werkzeug in den Händen der Militär-Diktatoren Spaniens ist. Das internationale Proletariat muß seine Kraft dadurch fühlen lassen, daß es einen energischen Druck auf die spanische Regierung ausübt, um neuen Verbrechen an dem spanischen Proletariat vorzubeugen.

Im Seesturm untergegangen. Reuter meldet aus Newport News, daß der deutsche Dampfer „Westmoreland“, der auf der Höhe von Delaware drahtlos um Hilfe gerufen hat, im Sturme mit seiner Besatzung von 80 Offizieren und Mannschaften untergegangen ist.

Aufhebung der Gesellschaftstelephonanschlüsse. Wie das Regierungsblatt zu melden weiß, hat die staatliche Telephonverwaltung beschlossen, die sogenannten Gesellschaftstelephonanschlüsse bei sämtlichen Telephonnetzen der Republik sukzessive aufzuheben und hat in Durchführung dieses Entschlusses bereits mit der Aufhebung in einzelnen Städten Böhmers und Währens begonnen. Die Gründe, welche die Telephonverwaltung zu dieser Maßregel zwangen, sind mehrfacher Art. Im allgemeinen wissen die Gesellschaftstelephonanschlüsse gegenüber den selbständigen Abonnentenstationen so viel Nachteile auf, daß es sich nicht rentiert, sie weiter zu erhalten. Vor allem wird die Einrichtung der Telephonzentrale durch die Gesellschaftstelephonanschlüsse kompliziert. Der Hauptgrund der Abschaffung ist jedoch die Archaizität der Gesellschaftstelephonapparate selbst. Die Aufhebung der Gesellschaftstelephonanschlüsse wird vorerst in allen Provinzialstädten und zwar anlässlich der Rekonstruktionsarbeiten der Telephonnetze erfolgen. Nach Wunsch kann der Abonnent einer Gesellschaftstelephonstation an Stelle der aufgelösten Station eine selbständige Abonnentenstation erhalten. Die Abschaffung der Gesellschaftstelephonanschlüsse in Groß-Prag wird erst nach Automatisierung des Prager Telephonnetzes im Jahre 1925 erfolgen.

Flugverkehr Prag Přeburg. Mit 29. Oktober wird — wie das Postministerium meldet — auf der

Strecke Prag (Flugplatz Obel)—Přeburg (Flugplatz Bezorny) regelmäßige Flugverkehre eröffnet werden. Die Flugzeuge werden mit Ausnahme Sonntags Post mitführen. Nach dem vorläufigen Fahrplane werden die Flugzeuge von Prag um 12.30 abfliegen und um 14.30 in Přeburg ankommen. Von Přeburg gehen die Flugzeuge am Nachmittage ab.

Hamburger Notgulden. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Hamburg meldet, sollen als Notwährung Hamburger Notgulden geschaffen werden. Die Schwesterstadt Hamburgs, Altona, hat sich entschlossen, Scheine über ein Viertel und ein Achtel Dollars auszugeben.

Amundsens Flug zum Nordpol. Zu der aus Amerika kommenden Meldung, daß Amundsen für den Mai des kommenden Jahres einen neuen Versuch plane, den Nordpol mittels Flugzeuge zu erreichen, wird von unterrichteter Seite gemeldet, daß wegen dieses Projekts bereits Verhandlungen zwischen dem Forscher und dem Erbauer der bekannten deutschen Ganzmetallflugzeuge Professor Junkers schweben. Für das neue Unternehmen sollen die Erfindungen verwertet werden, die die von den Junkerswerten in diesem Jahre nach Spitzbergen entlandte Hülsepedition der Junkerswerke über die meteorologischen Verhältnisse im arktischen Gebiet gemacht hat. Konrad Hammer, der bekanntlich schon an dem für dieses Jahr geplanten und später aufgegebenem Unternehmen Amundsens in hervorragendem Maße beteiligt war, hat sich jetzt nach Seattle (Washington) begeben, um dort mit dem Forscher zusammenzutreffen.

Prostituiertenmord in Olmütz? Montag früh wurde im Neubau der „Czechoslovakia“ in Olmütz die in Verwesung befindliche Leiche der 43jährigen Prostituierten A. Konfil aufgefunden. Die Todesursache konnte nicht festgestellt werden. Es scheint ein Verbrechen vorzuliegen und die Polizei glaubt auf der Spur desselben zu sein.

Der Kleinrieg in Spanisch-Marokko. Aus Tetuan (Marokko) wird vom 24. Oktober gemeldet: Die Aufständischen unternahmen einen Angriff auf einen Militärzug. Bei dem entstandenen Scharmügel wurden sechs Soldaten getötet und elf verletzt.

Ein gefährlicher Sträfling. Gestern wurden aus dem Prager Landesgericht sechs Betagte für Gefängnis, die den Wächtern vor Soupals Zelle gehöhen. Daraus erfährt man erst jetzt, daß der Mordmörder Soupal für so gefährlich gehalten wurde, daß man zu seiner Bewachung sechs Männer aufbieten mußte.

Automobilunglück. Ein schweres Automobil, glücklicherweise auf der Landstraße von Sypplingen nach Friedrichshafen am Bodensee. Der Gastwirt Dreher und der Sodawasserfabrikant Len von Tullingen waren auf der Fahrt nach Meerburg, um dort Wein einzukaufen. Das Auto überschlug sich und fuhr eine Böschung hinab. Dreher und Len wurden unter dem Auto tot aufgefunden, die Leichen waren entleert.

Dem Wagen übersahren. Im Passauer Bahnhofs wurde der mit Geleisearbeiten beschäftigte Arbeiter Albert Schreiber vom Zuge übersahren und getötet.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag abends in der Station Zieditz, dem der Zugführer Ulrich aus Komotau zum Opfer fiel. Ulrich wollte nach der Einfahrt des Güterzuges in die Station seinen Rapport erstatten, wurde aber beim Ueberschreiten der Gleise von einer Manipulationsmaschine überfahren. Er wurde sofort nach Falkenau überführt, wo er im Betriebszimmer der Station seinen Verletzungen erlag. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von zehn Kindern.

Wetterüberblick vom 24. Oktober. In Böhmen war am Dienstag trockenes Wetter und die Temperatur nahm bei reichlichem Sonnenschein zu. In Prag wurden 17 Grad C. erreicht und die Durchschnittstemperatur war 5 Grad C. über normal. Heute rüdt von Westen aus Verlehterung vor. Eger meldet Regen. — Wahrscheinliches Wetter heute: Vorwiegend trüb, Neigung zu Niederschlägen, westliche Winde von zunehmender Stärke.

Prager Chronik.

Immer wieder Streckenänderungen bei der Straßenbahn.

In den nächsten Tagen werden der Eessentlichkeit einige Änderungen auf der Prager elektrischen Straßenbahn mitgeteilt werden, die, wie die „Pr. Pr.“ erfährt, am 1. November 1923 in Kraft treten sollen. Die Änderungen betreffen nur die Strecken 6, 9 und 13, die in ihrer Fahrtrichtung teilweise abgeändert werden. Die Strecke Nr. 6 bleibt bis zur Palacky-Brücke unverändert. Von der Palacky-Brücke werden die Wagen jedoch nicht mehr nach Podol, sondern wie vor der im Sommer eingeführten Fahrplanänderung zum Westbahnhof in Smichov verkehren. Die Strecken Nr. 9 und 13 bleiben bis zum Nationaltheater unverändert. Von hier an wechseln die Strecken ihre Fahrtrichtung und zwar die Wagen der Strecke 9 gehen nunmehr über Smichov, der Strecke Nr. 13 über die Palacky-Brücke. Die Endstationen bleiben unverändert. Die Intervalle zwischen den einzelnen Wagen der elektrischen Straßenbahn in Groß-Prag werden vorläufig nicht abgeändert. — Und in 14 Tagen gibt es wieder eine neue Änderung!

Billiges Obst.

Das Ministerium für Volkswirtschaftung gibt bekannt, daß ab 24. Oktober in Prag II, Ecke Lozyska und Bladislavgasse, in einem neu errichteten Verkaufstande alle Obstsorten zu bedeutend ermäßigten Preisen verkauft werden. Das Ministerium macht auf diese Verkäufe aufmerksam und fordert die Bevölkerung auf, dort einzukaufen.

Gerichtssaal. Mörder und Einbrecher.

Eger, 24. Oktober. (Eigenbericht.) Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden heute verurteilt: Emil Riedel wegen Verbrechen des Mordes, des versuchten Mordes und Diebstahles zum Tode durch den Strang; Anton Riedel wegen versuchten Mordes, schwerer Körperverletzung, teils vollbrachten und teils versuchten Diebstahls zu acht Jahren schwerenerkers, vierteljährig eine Faße und Wahlrechtsverlust; Ernst Riedel wegen schwerer körperlicher Beschädigung, teils versuchten und teils vollbrachten Diebstahls zu zweieinhalb Jahren schwerenerkers, vierteljährig eine Faße und Wahlrechtsverlust.

Ein Autounfall vor Gericht.

Prag, 24. Oktober. Tagtäglich melden die Blätter Autounfälle, tagtäglich wird berichtet, daß gegen den oder jenen Wagenlenker die Strafanzeige wegen Unachtsamkeit oder Schnellfahrens erstattet wurde. Es ist im Interesse der Sicherheit der Straßenpassanten sicherlich nur zu begrüßen, daß die Gerechtigkeit — im Falle, daß tatsächlich ein Verschulden des Wagenlenkers vorliegt — immer sofort eingreift, um den Schuldigen seinem Richter zuzuführen. Man darf aber nicht vergessen, daß oft die Passanten selbst an einem Unfälle die Schuld tragen und daß es daher nicht angeht, die Schuld an solchen Unfällen dem Wagenlenker in die Schuhe zu schieben. Denn es darf nicht vergessen werden, daß viele Leute von den Regeln der Fahrdordnung sehr wenig oder gar nichts wissen und daß es daher Pflicht der Behörden wäre, das Publikum nenerdings auf diese Vorschriften aufmerksam zu machen, damit wenigstens die Unfälle, die durch die Schuld der Passanten entstehen, vermieden werden könnten.

Der Autounfall, der heute vor einem Penzungs-senate verhandelt wurde, war ein Musterbeispiel dafür, wie die geringe Vertrautheit des Publikums mit den Autofahrvorschriften einen Unfall herbeiführen kann. Am 12. August fuhr ein vom Wagenführer Josef Pulchert gelenktes, vollbesetztes Auto von Prag nach Jungbunzlau. Zwischen den Militärbaraken und der Gemeinde Obel bei Prag bemerkte der Wagenführer vier Männer und eine Frau, die auf der rechten Seite der Straße gegen Obel gingen. Pulchert, der vorschriftsmäßig auf der linken Straßenseite fuhr, gab Signal, um die Gesellschaft auf das Herankommen des Autos aufmerksam zu machen. Als das Auto jedoch auf wenige Schritte an die Gesellschaft herangekommen war, wollte die mit der Gesellschaft hergehende Frau auf die linke Seite der Straße hinüberlaufen, um jedenfall nicht in die nach rechts gehende Staubwolke hineinzukommen. Der Wagenlenker rief das Auto noch weiter nach links und brachte es im Nu auf einem Schotterhaufen zum Stehen. Er konnte es aber nicht verhindern, daß die Frau — Marie Praga aus Binok — und ihr Mann, in den sie eingehängt war, vom Koffizier und dem rückwärtigen Rade zu Boden geschleudert wurden. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß beide nur leichte Verletzungen davontrugen.

Das Ehepaar Praga erklärte nun, daß Pulchert kein Signal gegeben hätte und daher an dem Unfälle schuld sei. Da jedoch einwandfreie Zeugen bestätigten, daß Pulchert weder unvorschriftsmäßig, noch schnell gefahren sei und auch ununterbrochen Signal gegeben hatte, ihn daher an dem Unfälle keine Schuld treffen könne, wurde er in der ersten Sitzung beim Karolinentaler Bezirksgericht freigesprochen. Der Penzungs-senate bestätigte heute dieses Urteil. In der Begründung hob der Gerichtshof hervor, daß Pulcherts Unschuld einwandfrei erwiesen sei.

Diese Gerichtsverhandlung wird sicherlich dazu beitragen, daß das Publikum sich bei der Begrenzung mit Kraftfahrzeugen mehr in acht nimmt, damit diejenigen der Kraftwagenlenker, die ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen — und sie sind sicherlich die Mehrheit — nicht in ihrem Ruhe durch die Häufung der Unfälle gefährdet werden.

60 Prozent Zinsen.

Prag, 24. Oktober. Vor einem Traffenat des OBR. Fudil hatte sich heute der 72jährige Wilhelm Smolka aus Pflibram wegen Uebertretung des Wucherergesetzes und Verteilung von falscher Zeugenausage zu verantworten. Smolka borgte jedem, der es brauchte, Geld, verlangte aber ungläubliche Wucherzinsen. So nahm er von einem Ehepaar, dem er 20.000 K. gehorgt hatte, 40 K. täglich Zinsen. In einem anderen Falle verlangte er für 2700 K. 300 K. Zinsen für zwei Monate. Bei einem Darlehen von 8000 K. berechnete er sich 2000 K. Provision. Eine Frau, die sich bei ihm 3000 K. ausgeborgt hatte, mußte ihm nach zwei Jahren 5762 K. zurückzahlen. Im allgemeinen berechnete sich Smolka 60 Prozent an Zinsen und 2000 K. Provision. Außerdem mußten ihm seine Gläubiger landwirtschaftliche Produkte abliefern, in einem Falle mußte ihm ein Bauer sogar eine Kuh überlassen. Es wäre noch ein besonders trostlicher Fall aus der Praxis Smolkas zu berichten: Smolka nahm einer Frau, die ihm Geld schuldig war, das Unterstüßungsbuch ab, behob die Unterstüßung bei der Bezirkshauptmannschaft und berechnete sich für jeden Weg 13 K., welchen Betrag er der Witwe immer mit Zinsen aufrechnete. Die Gendarmerie wurde schließlich auf das Treiben Smolkas aufmerksam und veranlaßte dessen Verhaftung.

Der Prozeß, bei dem eine große Reihe von Zeugen einvernommen wurde, nahm den ganzen heutigen Tag in Anspruch. Smolka führte zu seiner Verteidigung aus, daß er einerseits selbst hohe Zinsen für seine Kredite bejahlen mußte andererseits er so hohe Zinsen zu berechnen gezwungen war, da seine Gläubiger durchaus unerlässlich waren. Die Verhandlung mußte in später Abendstunde schließlich verlagert werden. Das Urteil wird morgen gefällt werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Waggonmangel. Wir haben vor einigen Tagen auf den furchtbaren Waggonmangel in den Kohlenrevieren hingewiesen und die Folgen, die sich für die Industrie daraus ergeben, erörtert. Das Eisenbahnministerium löst nun eine Mitteilung an die Blätter in der Frage des Waggonmangels ab, in der es unter anderem heißt: Die gesamtwirtschaftliche Finanzkrise gestatte nicht den Bau neuer Waggonen in dem Ausmaße, wie es der Eisenbahnverwaltung wünschenswert erschiene. Nach Beendigung des Kohlenarbeiterstreikes mußte eine plötzliche und rasche Versorgung der von Kohle entbliebenen Konsumenten und Betriebe gerade zu jener Zeit Platz greifen, als die Ribbenkampagne und die Herbstverfrachtung der Kartoffeln im Fluße war. Da der Export verhältnismäßig stark war, sind viele tschechoslowakische Waggonen im Auslande umlaufend, wo sie zufolge internationaler Verträge benutzt werden, wogegen man sich nicht wehren kann, da auch wir nach diesen Verträgen fremde Wagen benützen können. Als Exportstaat ist jedoch die Tschechoslowakei im Nachteil, der noch insbesondere durch die Vorgänge in Deutschland verstärkt wird. Vor dem Kriege waren tausende reichsdeutsche Waggonen täglich in den heute tschechoslowakischen Gebieten konzentriert und konnten benützt werden, während der gegenwärtige Tageseinkauf reichsdeutscher Waggonen in die Tschechoslowakei kaum hundert übersteigt. Die Wagenbereitschaft von etwa 55.000 Kohlenwagen hat die Verwaltung der Bahnen für die erhöhten Herbsttransporte durch verschiedene Maßnahmen ermöglicht. Um für den Kohlentransport Kohlenwagen nicht entbehren zu müssen, hat die Bahnverwaltung den Zuckerraffinerien zwecks Sicherung der Ribbenkampagne sogenannte Kontingentwagen zugeteilt. Für diese Kampagne sind täglich ungefähr 4000 Waggonen erforderlich, was bei einem zweieinhalb-jährigen Umlauf der Wagen einen Bedarf von ungefähr 11.000 Waggonen bedeutet. Für den Kohlentransport sind täglich ungefähr 6000, wöchentlich also 36.000 Waggonen notwendig. Durch rasche Ausladung der Wagen durch die Interessenten ist eine Erhöhung der Wagenbenutzung um ungefähr 12.000 möglich. Wenn auch weiterhin der Wagenumlauf durch die Interessenten hintangehalten werden wird, so wird die Verwaltung zur Herabsetzung der Entladungsfreist, bei einfacher Manipulationsfrist von 24 auf 6 Stunden, bei zweifacher Manipulationsfrist von 48 auf 9 Stunden greifen. Um den Wagenumlauf möglichst zu steigern, wurden direkte Lastzüge aus den Kohlenrevieren bis in die entferntesten Verteilungstationen eingeführt.

Krise der Wirtschaft oder Unternehmerfabrikage. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus Essen meldet, ist die August Thyssenhütte in Hamborn wegen finanzieller Schwierigkeiten gezwungen, von heute abends an die Werksanlagen einschließlich aller Nebenbetriebe bis auf weiteres stillzulegen. Von der Maßregel werden etwa 13.000 bis 14.000 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Die kulturellen Wirkungen des Achtstundentages in Frankreich und im Deutschen Reich lassen sich an der Hand der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten feststellen. Im Organ des französischen Arbeitsministeriums wurden amtlich Beobachtungen über die Benützung der Freizeit bereits seit drei Jahren gesammelt. Diese Erhebungen stellen folgende Tatsachen fest: 1. Einen erheblichen Rückgang des Alkoholverbrauchs seit der Einführung des Achtstundentages. 2. Die zunehmende Ueberfischung der Arbeiter in die ländlichen, in den nunmehr frei gewordenen Stunden durch Vorortebahn erreichbaren Umgebungen der Großstadt, was für die

Gesundheit und die Erziehung von großer Wichtigkeit ist. 3. Eine Zunahme der Bodenfläche der von Arbeitern bebauten Gärten (fast um das Fünffache). — Die jüngsten Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten stellen fest, daß die Fortbildungsbestrebungen der Arbeiter nach der Einführung des Achtstundentages gewachsen sind. Dabei finden die von den Gewerkschaften getroffenen Einrichtungen mehr Anlauf als die allgemeinen Volksbildungseinrichtungen. Namentlich die Betriebsrätchenschulen erfreuen sich meist guten Besuchs. Aber auch künstlerische Darbietungen, so in Berlin und Hamburg, finden oft den größten Zuspruch. In den ländlichen Bezirken scheint die nach Einführung des Achtstundentages frei gewordene Zeit mehr dem Gartenbau gewidmet zu werden. — Ergänzend teilen wir noch die Ziffern über die Zunahme des Arbeitersportwesens seit der Einführung des Achtstundentages mit: die Mitgliederzahl der Arbeitersportvereine stieg in der Zeit von 1914 bis 1920 von 186.000 auf 382.000, das heißt um mehr als 100 Prozent. Und noch ein paar Zahlen: die Breslauer Zentralbibliothek hat 1914 21.500 Bücher ausgeliehen, im Jahre 1921 47.000 Bücher! Wann werden diese Bücher gelesen? In der neu erlangenen Freizeit.

Kunst und Wissen.

Das Rätchen von Heilbronn. Neueinstudierung des historischen Nitterspiels von Kleist.

Das Entscheidende angeht die Neueinstudierung dieses alten Nitterspiels ist, ob das Rätchenideal, die Keine, die Treue, die Gläubige, auch der gegenwärtigen Sehnsucht deutscher Männlichkeit entspricht. Die Kunst eines Gerhart Hauptmann (man denke an Hannele, Ottegebe, Griselda, Kautendelein), ja selbst die Groteske Wedekinds (Wally im „Marquis v. Reith“, Maria Hühnerwadel in „Musik“) scheinen eine Bestätigung für die Bejahung dieser Frage zu bringen. Und dieser Glaube an das reine Rätchen ist erklärlich. Es ist der Glaube, der Faust erlöst, es ist der Glaube, der Strindberg von seinem Leid am Weib befreit. Es ist der Glaube, um den Kleist rang in einem Kampf, der als Kampf um die Reinheit an sich bezeichnet werden kann. Rätchen von Heilbronn — das ist der reine Spiegel der Natur, gleichzeitig Natur selbst, die der von Reflexion zerfetzte Mensch und Dichter Kleist als Erbenswertestes erkannte, das er aber im Leben nie erreichte und an dessen Gegensatz er — wahrscheinlich — zugrunde ging. Rätchen — das sollte die Gebärerin reinen Volkstums sein. Hier aber offenbart sich der Gegensatz der Zeiten. Der Romantiker Kleist stellte, Beschränktheit herausbeschwörend, dem Typus des reinen Weibes als reinen Mann den mit mittelalterlichem Rüstzeug beschränkten deutschen Ritter ohne Furcht und Tadel gegenüber. Das Ideal der Romantik und speziell Kleists ist ja begreiflich: man ersahnte, von der Blässe des drohenden Hegelianismus angegriffen, den gefunden Kraftmenschen, und weil man ihn im germanischen Ritter sah, übernahm man den kirchlich-fürstlichen Alimbin als weichenhaften Bestandteil dieser Art. So kommt es, daß dieses Spiel, naiv gedacht — die Urszene soll die entzündende Hollenderstrauchzene sein — unnaiv ausgebaut worden ist: der Ritter Graf von Wetterstrahl darf nur seinesgleichen ehelichen und daher muß Rätchen Kaiserstochter sein. Doch erscheint dieses Motiv im Stück von solcher Bedeutung, daß man erwägen muß, ob es derart äußerlich zu nehmen ist. Und es stellt sich auch wirklich heraus, daß es ursprünglich Tieferes in dieses Spiel hineingeheimnist hat, was ewige Wahrheit enthält: die Verknüpfung von der Geburt reinen Menschentums aus reiner Liebe. Um dieser Wahrheit allein willen verdient das Stück seine Erneuerung auf der deutschen Bühne.

Rätchen ist die herrlichste Verkörperung dieser ewigen Wahrheit. Fr. Sonit Rainer gab ihr alles, was nötig ist, um an dieses Menschentum zu glauben; sie war durch und durch Natur, gläubig und glaubhaft, liebendes und geliebtes Geschöpf des Als zugleich. Ihr Wort war milde, froh, hingebend. Es war Sprache und Gebärde der reinen Natur, es war das Erlebnis der Keuschheit. Ihr Partner, Herr Walter Bittschau, bemühte sich, ihrer würdig zu sein. Es gelang ihm nicht immer. Das hängt damit zusammen, daß dieser Schauspieler mehr an den Klang als an den Sinn des Dichterverwortes gebunden ist. (Es war ganz unangebracht, in der Hölle der Büchse polsternde Heiterkeit auskommen zu lassen.) Fr. Medelky spielte die Kunigunde vornehm und verwandelt das ihr vom Dichter dilatierte Hexentum in ein so schönes Keuzere, daß man an den Spott der Ritter kaum glauben konnte. Unter den übrigen Darstellern fielen Herr Hoffmann als Rheingraf von Stein, Herr Böcklin als Burggraf von Freiburg, Herr Koch als Kaiser und einer der Sprecher des heiligen Gerichtes (Herr Kramer?) auf. Die Regie klappete im allgemeinen vorzüglich. Der Schloßbrand verdient eine mehr „aetherische“ Behandlung. Das Publikum jubelte zum Schluß den Hauptdarstellern und dem Regisseur, Direktor Kramer, zu. Die Aufführung verdient, vom Publikum durch zahlreichen Besuch gewürdigt zu werden.

Drei neuerliche Gastspiele Michael Bohwens.

Der Dichtung ist es gelungen, Michael Bohwens neuerlich für drei Gastspielabende zu verpflichten, die in der Zeit vom 10. bis 14. November stattfinden werden. Der gefeierte Künstler wird hierbei den Kephiso, den Hans Sachs und den Francesco in Schillings „Mona Lisa“ singen. Die Mona Lisa wird Frau Barbara Kemp singen. Die Aufführung wird voraussichtlich der Komponist Max von Schillings dirigieren. Die genannten Termine dieser Gastabende werden demnächst bekanntgegeben werden.

Spielplan des Neuen Theaters. Donnerstag und Samstag die Operettennovität „Mädi“, Freitag Gastspiel Leopold Kramer „Die Journalisten“, Sonntag 2 Uhr Auftreten Glöckner-Kramer-Richard Romanowsky „Frau Präsidentin“, abends Beginn 6 Uhr „Walfür“.

Aus der Partei.

Erklärung.

In der am Sonntag den 22. Oktober in Turn abgehaltenen Bezirkskonferenz der Parteiorganisation hat Genosse Dr. Heller über die politische Lage eine Rede gehalten, die sich mit der Frage der politischen Taktik, unserer Stellung zu den tschechoslowakischen Sozialdemokraten, ihrer Tätigkeit und schließlich der Stellung zum Staate beschäftigte. Zu dieser Rede wird sowohl vor den Teplitzer Vertrauensmännern, vor dem Parteivorstande wie auch in der Parteipresse noch ausführlich Stellung zu nehmen sein. Es muß erklärt werden, daß es sich bei den von Genossen Dr. Heller geäußerten Ansichten, wie auch er festgestellt hat, um eine persönliche Meinung des Redners handelte. Gleichzeitig sei festgestellt, daß Genosse Dr. Heller bisher keinen Versuch gemacht hat, die in seiner Turn Rede geäußerten Anschauungen in den hierfür zuständigen Parteikörperchaften zu einer Klärung zu bringen.

Das Präsidium des Parteivorstandes.

Zentralstelle für das Bildungswesen. Alle Zuschriften an unsere

Zentralstelle für das Bildungswesen sind von heute ab an die Adresse Prag II., Savlickovo náměstí 32, zu richten. Telefon-Nummer der Bildungszentrale: 6795. — (Die Parteiblätter werden um Nachdruck ersucht.)

Von unserer Parteipresse. Die „Volks-presse“ in Troppau, die sich die schlesischen Genossen mit großen Opfern, wie sie nur der Klassenbewußte Arbeiter für sein Blatt aufzubringen vermag, bis jetzt als Tagblatt zu erhalten vermochten, wird ab 1. November wieder in ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt werden, da das arme, von der Wirtschaftskrise besonders schwer heimgesuchte schlesische Gebiet ein täglich erscheinendes Blatt nicht mehr zu erhalten vermag. Und nun gilt das Bemühen unserer schlesischen Genossen der Ueberführung der bisherigen täglichen Beziehung der „Volkspresse“ an das Zentralorgan der Partei, den „Sozialdemokrat“. Sie stellen zu diesem Zwecke das gesamte Adressenmaterial bei und wirken in ihren Konferenzen und Versammlungen dafür, daß alle täglichen Abonnenten der „Volkspresse“ ab 1. November den „Sozialdemokrat“ abonnieren, um so das Zentralorgan zu unterstützen und alle tätigen Genossen, insbesondere aber alle gewerkschaftlichen, politischen, genossenschaftlichen und kommunalen Vertrauensmänner als Tagblattbezieher zu erhalten, denn zur Schulung und dauernden Orientierung unserer Genossen und Genossinnen ist ein politisches Tagblatt unerlässlich.

Kreis-Konferenz Bodenbach. Sonntag, den 18. November findet um 9 Uhr vormittags in der Volkshalle in Bodenbach die diesjährige ordentliche Kreis-Konferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Unsere nächsten Aufgaben, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Neuwahl der Kreisverwaltung und freie Anträge.

Bezirks-Konferenz Sternberg. Sonntag, den 28. Oktober um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Bärn. Tagesordnung: Berichte, Organisation und Agitation (Referent: Gen. Weiß). Unsere Stellung in den Gemeinden (Referent: Gen. Hackenberg), Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag, Neuwahl der Bezirksleitung und Kontrolle und freie Anträge.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation in Prag. In der Mitteilung über die Neuwahl der Bezirksvertretung wurde irrtümlicherweise der Name des gewählten Genossen Breuer ausgelassen, was hiermit nachträglich festgestellt wird.

Localorganisation Prag VII. Freitag, den 26. Oktober findet im Gasthause „Academie“ die diesjährige Vollversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Verlesung des letzten Versammlungsprotokolls, Vortrag des Gen. Hackenberg über die Sozialversicherung, Berichte der einzelnen Funktionäre, Neuwahl des Lokalausschusses und der Delegierten für die Bezirkskonferenz und Allgemeines. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen. Anfang 8 Uhr. Parteigenossen als Gäste willkommen.

Frauenbewegung.

Kreis-Konferenz Wardsdorf. Sonntag, den 28. Oktober 1923 um 9 Uhr vormittags in Stoll's Gasthaus in Schönkünde ordentliche Kreis-Konferenz der Kreisorganisation Wardsdorf des Sozialistischen Jugendverbandes. Tagesordnung: Berichte, Zeitfragen der Arbeiterjugend (Referent: Gen. Paul-Teplitz), Wahl der Kreisvertretung und der Delegierten zum Verbandstag und Allgemeines.

Ab morgen 12 FOTOGRAFIEEN KČ 6.- nur im Photo-Studio, Prag, Vacl. nám. 15. u. sämtlich Sorten von Fotografien bis 50% billiger. 1571

Devisenkurse.
Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Fran!	16,58'75
Berlin	Mark	1,880,000,000'00
Wien	öster. r. Krone	2105'00

Prager Kurze am 24. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1361'00	1365'00
10 Milliarden Mark	3'50	5'50
100 belg. Franke	173'25	174'75
100 schwed. Franke	624'25	626'75
1 Pfund Sterling	155'75'00	157'25'00
100 Lire	155'87'50	156'87'50
1 Dollar	34'50'00	34'90'00
100 franz. Franke	208'75'00	205'25'00
100 Dinar	41'87'50	42'87'50
10.000 magagn. Kronen	17'75'00	10'75'00
10.000 poln. Mark	21'25	22'75
10.000 österr. Kronen	4'61'00	5'14'00

Züricher Schlusskurze am 24. Oktober.

	Geld	Ware
Paris	32'50'00	32'60'00
London	25'21'00	25'24'00
Berlin	0'00'00	0'00'00
Wien	24'85'00	24'95'00
Sofia	217'75'00	218'50'00
Wien	0'00'78'62	0'00'79'00
Budapest	0'30'00	0'01'50
Prag	16'55'00	16'62'50
New York	5'61'00	5'62'00
Belgrad	8'75'00	8'87'50
Warschau	0'00'00'00	0'00'00'00

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Samstag: Meisterschaft 1. Klasse: Malostranský SK. gegen Union Zizkov, Viktoria Zizkov gegen Cechie Karlin. — Sonntag: vormittags: Meisterschaftsspiel Brkovic gegen Ruselský SK. — Sonntag nachmittags: bei Spielverbot: Länderkampf Jugoslawien gegen Tschechoslowakei am Slaviaplag.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Dolik.

Verbretet den „Sozialdemokrat“.

Kochendes Wasser + **Kimi** = ausgezeichnete Rindsuppe

1600

In einer Stunde Bibliotheken

Das Weltall
Philosophie
Religionsgeschichte
Kunstgeschichte
Wissenschaften
Deutsche Literatur
Physik, Chemie

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der

Buchhandlung Freilieb
Teplitz-Schönan,
Theresienstraße Nr. 18.

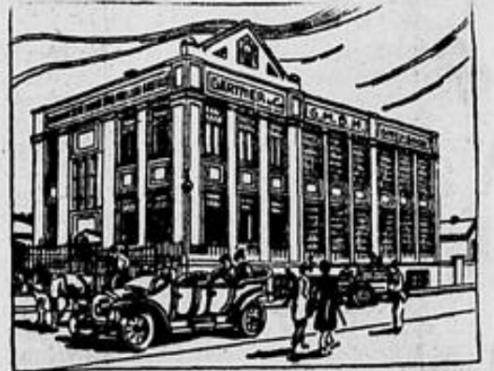
Inserieren bringt stets Erfolg!

Neue Bücher

liefert rasch und billig die

Buchhandlung Freilieb
Teplitz-Schönan,
Theresienstraße Nr. 18.
Großer Lager in preiswert. Gelegenheitsläufen.
Bergschneise senden wir auf Wunsch kostenfrei

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Lithographiemaschinen mit einer Tagesleistung von 500-600 Satzblättern, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 120.000 Zeitungen. Jarnpfecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127-943

1100